



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Petycja przedłożona posłom Rady Państwa przez
"! :Oesterreichischer Polytechnischer Verein" o technikach z
wyszktałceniem średnim w służbie państwowej - Wiedeń, 04.1912 r.

Liczba stron oryginału

3

Liczba plików skanów

4

Liczba plików publikacji

4

Sygnatura/numer zespołu

TR 031.054

Data wydania oryginału

1912

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Digitalizacja

ÖSTERREICHISCHER POLYTECHNISCHER VEREIN

BEZIRKSVEREINE IN AUSSIG, BIELITZ, BRÜNN, GRAZ, KARLSBAD, MÄHR.-OSTRAU, PILSEN, PRAG,
REICHENBERG, WIEN. IM DEUTSCHEN REICH: ÖSTERREICHISCHER POLYTECHNISCHER VEREIN IN BERLIN

VEREINSLOKAL, KANZLEI UND LESEZIMMER:
WIEN, I. UNIVERSITÄTSSTRASSE NR. 11

FERNSPRECHER 23.377 ☉☉☉ TELEGRAMME:
POLYTECHNIKER WIEN UNIVERSITÄTSSTR. 11

Wien, im April 1912.

Betreff: Die Mittelschultechniker im Staatsdienste.

Euer Hochwohlgeboren!

Hochgeehrter Herr Abgeordneter!

Die aus den staatlichen höheren Gewerbeschulen hervorgegangenen Techniker (Mittelschultechniker), welche in den verschiedenen Ministerien, Statthaltereien u. s. w. angestellt sind, befinden sich in einer sehr schlechten Lage, welche eine ausreichende Abhilfe dringend verlangt.

Während die im Dienste der Industrie tätigen Mittelschultechniker infolge des freien Wettbewerbes jede Möglichkeit des Vorwärtkommens haben, ist dies bei den in öffentlichen und Staatsdiensten Stehenden ausgeschlossen, weil die veraltete Dienstpragmatik, beziehungsweise die dieser nachgebildeten anderen Regulative für die technische Beamtschaft zu einer Zeit geschaffen wurden (seit 1878), als es noch keine oder sehr wenig Absolventen der staatlichen höheren Gewerbeschulen gab; die Gründung der ersten Lehranstalt dieser Art erfolgte nämlich erst 1873/74. Seither haben diese gesetzlichen Bestimmungen keine Aenderung erfahren und für den technischen Dienst erscheinen bis heute nur die Absolventen der technischen Hochschulen mit abgelegter zweiter Staatsprüfung qualifiziert.

Besonders in den Neunzigerjahren und auch später wurden jedoch Mittelschultechniker in den Staatsdienst aufgenommen und sie haben sich wie in der Privatpraxis, so auch dort als vorzügliche technische Beamte bewährt, zumal sie bei der Aufnahme meist schon eine längere Tätigkeit hinter sich hatten und als erfahrene Techniker in die Aemter eintraten. Da aber die Bestimmungen der Dienstpragmatik keine Möglichkeit gewähren, sie zu wirklichen Staatsbeamten zu machen, weil sie das hiefür erforderliche Essentiale der an einer technischen Hochschule abgelegten Staatsprüfung nicht besitzen, wurden sie und werden sie nur ausnahmsweise definitiv angestellt, was in der Regel, wenn überhaupt, erst nach langjährigen Provisorien bis zu fünfzehn Jahren geschieht. Während dieser Zeit ist der mit Taggeld ohne Kündigungsfrist angestellte Mittelschultechniker wirtschaftlich in keiner Weise sichergestellt, ja er ist sogar noch weit hinter allen Privatangestellten zurück, denen wenigstens das seit dem 1. Juli 1910 geltende Handlungsgehilfengesetz auskömmliche Garantien für eine geregelte Existenz soweit bietet, als von einer wirtschaftlichen Sicherheit im Privatdienste überhaupt die Rede sein kann.

Im Gegensatz zu den Privatangestellten entbehrt der Mittelschultechniker im Staatsdienste, um nur einige Details von besonderer Wichtigkeit hervorzuheben, der Kündigungsfrist, der Krankenversicherung und der Unfallversicherung gänzlich; er kann also ohneweiters sofort entlassen werden, er hat kein Recht auf Fortbezug des Gehaltes im Krankheitsfall wie der Staatsbeamte und er hat auch keine Garantien für seine weitere Existenz, wenn ihm im Dienste, z. B. bei der Bauaufsicht und dergleichen mehr, irgend ein schwerer Unfall zustösst: all diesen Eventualitäten, gegen welche der Staatsbeamte und der Privatbedienstete vollkommen, beziehungsweise ausreichend gesichert ist, erscheint der Mittelschultechniker schutzlos preisgegeben, da er weder den Charakter eines Staats- noch eines Privatangestellten besitzt, sondern ein Mittelding zwischen beiden vorstellt, ohne die Rechtswohlthaten auch nur des Handlungsgehilfengesetzes zu geniessen.

Die in dieser Hinsicht ganz mangelhafte Dienstpragmatik bedingt naturgemäss die Folge, dass es, solange die durch die herrschende Praxis ohnehin schon halb, aber eben nur halb umgangenen Bestimmungen bestehen, ausgeschlossen erscheint, für die Mittelschultechniker entsprechend viele systemisierte Stellen zu schaffen, beziehungsweise aus ihnen einen besonderen Beamtenstatus zu bilden. Gegenwärtig ist es den nach langer Tätigkeit ausnahmsweise definitiv angestellten Mittelschultechnikern nur möglich, bis in die **IX.** Rangsklasse vorzurücken, während allen Absolventen von Mittelschulen das Avancement bis in die **VII.** Rangsklasse gewährleistet ist; da die staatlichen höheren Gewerbeschulen ihren Absolventen auch schon ohne Reifeprüfung das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienste in Heer und Marine geben und als Vorbildung die Zurücklegung einer Untermittelschule verlangen, wären sie doch zumindest als den Mittelschulen gleichwertig zu betrachten, umso mehr als sie ja auch eine abgeschlossene technische Fachbildung gewähren. Der Wunsch nach Systemisierung technischer Dienstposten für die Mittelschultechniker ist objektiv ebenso gerechtfertigt wie aus den subjektiven Gründen, die im vorstehenden angeführt wurden; in Ergänzung dieser sei noch der besonders wichtigen Pensionsversicherung der Privatangestellten gedacht, zu der dieses Dienstverhältnis ebenfalls kein Pendant aufzuweisen vermag, weil es eben nur provisorische Bestimmungen enthält und der Staat gar keine Pensionsverpflichtung auf sich nimmt.

Die objektive Begründung der Wünsche der im Staatsdienste stehenden Mittelschultechniker ist vor allem in der grossen Verwendung derselben zu wichtigen technischen Arbeiten verschiedener Art zu erblicken, die sie zur allgemeinen Zufriedenheit durchführen, und im gewissen Sinne wohl auch darin, dass die Aemter Mittelschultechniker aufnehmen, ohne dass Vorschriften bestünden, die dazu eine pragmatische Handhabe böten. Hiezu tragen wesentlich die guten und zufriedenstellenden Erfahrungen bei, welche mit diesen Technikern gemacht wurden und werden.

Dass die Mittelschultechniker heute noch in relativ geringer Zahl im Staatsdienste Verwendung finden, ist eine Folge der veralteten Bestimmungen; die neuere Entwicklung hat nämlich gezeigt, dass diese Technikerklasse weit umfangreichere Arbeitsgelegenheiten finden kann. Es sei gestattet, an dieser Stelle insbesondere auf die Organisation des öffentlichen technischen Dienstes in Deutschland zu verweisen, wo die Mittelschultechnikerschaft mehr als die Hälfte der technischen Beamenschaft ausmacht und sich ausgezeichnet bewährt.

In Zusammenfassung der subjektiven und objektiven Begründung gestatten wir uns nun als Zentralverband der österreichischen Mittelschultechnikerschaft namens der im Staatsdienste stehenden Mittelschultechniker folgende Wünsche auszusprechen, die durch die geschilderte Sachlage vollauf begründet erscheinen und deren volle Würdigung wir nach freundlicher Erwägung gerne erwarten.

Die im Staatsdienste stehenden, aus den staatlichen höheren Gewerbeschulen hervorgegangenen Techniker mögen:

1. Mindestens in die Gruppe C der Staatsbeamten eingereiht werden, welcher sie als Absolventen einer mittleren Lehranstalt billigerweise angehören;
2. als technische Beamte in einen besonderen technischen Status mit systemisierten Stellen zusammengefasst werden, da sie eine innerlich und äusserlich bestimmte Klasse bilden, und angemessene technische Dienstbezeichnungen erhalten;
3. nach Ablauf eines Probendienstjahres definitiv angestellt werden;
4. nach einer begrenzten Anzahl von Dienstjahren zu der Staatsbauprüfung zugelassen und nach deren Ablegung in die Gruppe B der Staatsbeamten eingereiht werden;
5. sofern sie eine Privatpraxis ausserhalb des Staatsdienstes und eine provisorische Dienstzeit im Staatsdienste zurückgelegt haben, jene Zeit nach Möglichkeit und diese Zeit zur Gänze in die Avancementsfristen wie auch in die für die Pensionsberechnung geltende Dienstzeit eingerechnet erhalten;
6. auch schon in provisorischer Anstellung den entsprechend zu modifizierenden Bestimmungen der Dienstpragmatik unterstellt werden.

Zusammenfassend stellen wir namens der österreichischen Mittelschultechnikerschaft die angelegentliche Bitte, den Inhalt dieses Memorandums wohlwollend zu erwägen und für eine Verwirklichung der hier ausgesprochenen begründeten Wünsche nachdrücklich einzutreten.

Mit dem Ausdrucke der vorzüglichsten Hochachtung

Österreichischer Polytechnischer Verein.